

Stellungnahme der UWG zum Haushalt 2022

Die UWG hat sich in ihrer Haushaltsberatung intensiv mit dem dem Haushaltsplan 2022 der Verwaltung beschäftigt. Ich möchte mich jedoch auf die wichtigsten Punkte unserer Beratung beschränken und dazu Stellung nehmen.

Zunächst bleibt mir mal wieder festzustellen, dass die Kreis- und Jugendamtsumlage um rd. 240.000 € auf 3.8 Mio. € gestiegen ist.

Darauf haben wir ebenso wenig Einfluss, wie auf die Höhe der Schlüsselzuweisungen, welche in diesem Jahr 1.412 Mio. € beträgt. So übersteigt die Kreis- und Jugendamtsumlage die Schlüsselzuweisung um 2.38 Mio. €. Einfach mal sacken lassen.

Der Haushalt 2022 ist geprägt von einer außerordentlichen Investitionssumme von 6.68 Mio. € und von gleichzeitigen Förderungen/ Zuwendungen von 2.4 Mio. €.

Der Haushalt kann diese Jahr nur durch eine Entnahme von 1.41 Mio. € aus der Ausgleichsrücklage ausgeglichen werden.

Wenn alle Projekte realisiert werden sollen, werden wir Kredite von 3.3 Mio. € aufnehmen müssen. Vor diesem Hintergrund hat der Kämmerer eine wirtschaftliche und sparsame Haushaltsführung eingefordert.

Förderungen und Zuwendungen haben grundsätzlich positive Eigenschaften, aber auch Herausfordernde, insbesondere für das **Personal** der Stadt.

Positiv ist, dass Projekte wie z. B. die im Sportbereich nur aufgrund der Zuwendungen realisiert werden können. Andererseits stehen die Mitarbeiter der Verwaltung vor den Herausforderungen, die Vielzahl der Anträge nicht nur form- und fristgerecht zu stellen, sondern auch bis zum Ende der Maßnahme zu begleiten und abzuwickeln.

Hier steht der Bürgermeister (BM) als Chef der Verwaltung in der Verantwortung.

Die Mitarbeiter der Stadt dürfen dadurch nicht überfordert werden. Daher ist durch die Vielzahl der Maßnahmen zu befürchten, dass mittelfristig im Personalbereich aufgestockt werden soll.

Weiterhin darf auch keine Überbelastung der Stadtkasse entstehen. Denn die Stadt hat bei allen geförderten Maßnahmen immer auch einen Eigenanteil zu stemmen. Zu Beachten ist auch, dass die Fördergelder immer noch Steuergelder sind, mit denen wir verantwortungsvoll umzugehen haben. Insgesamt ist hier Augenmaß und Bedacht geboten, auch wenn die Fördergelder locken.

Schon jetzt ist vom BM zu hören, dass das Bauamt an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit gestoßen ist. Eine Organisationsuntersuchung für 20.000 € soll nach Ansicht des BM Ergebnisse bezgl. Personalbestand und/ oder organisatorische Optimierung aufzeigen. Anschließend will der BM alle anderen Abteilungen ebenfalls einer solchen Organisationsuntersuchung unterziehen.

Wir prognostizieren bereits jetzt ein Ergebnis mit einem erhöhtem Bedarf an Personal.

Die zusätzlichen Stellen würden wir aufgrund der Personalkosten kritisch hinterfragen. Denn die Personalkosten haben im Haushalt 2022 mal wieder die Spitzenposition eingenommen und klettern auf eine Summe von 3.633 Millionen €. Diese sollen gem. der Finanzplanung bis 2025 um rd. 200.000 € steigen und das ohne eine zusätzliche Stelle

So soll ein **Klimamanager** mit einer halben Stelle eingestellt werden, den man sich mit der Stadt Nieheim teilen möchte. Auch diese Stelle sollte der Stadt mit einem Förderprogramm schmackhaft gemacht werden. Jedoch ist nach neuester Information diese Stelle nicht mehr förderfähig. Der Kostenpunkt beträgt nur für die Stadt Marienmünster rd. 40.000 € jährlich. Wir sehen die zusätzliche Stelle kritisch. Sollte es tatsächlich zur Einstellung eines Klimamanagers kommen, wird er sich an seinen Erfolgen messen lassen müssen.

Der nächste Punkt ist die Erstellung einer **Bilanz zur Gemeinwohlökonomie**.

Dafür werden im Haushalt 7.000 € bereitgestellt. Die Bilanzierung soll von der Stiftung Gemeinwohlökonomie gefördert werden. Ob die Förderung gelingt, ist bis dato auch noch nicht sicher.

Die Fragen zur Gemeinwohlökonomie sind vielfältig und umfassend, wie z. B. was verbirgt sich dahinter und was für Ziele werden verfolgt, welche Auswirkungen hat das auf die Stadt, welche zusätzliche Tätigkeiten kommen auf die Mitarbeiter der Stadt zu und welchen Nutzen hat die Stadt eigentlich davon?

Diese Fragen in einer Haushaltsrede zu beantworten würde den Rahmen sprengen. Nur soviel sei in Kürze dazu gesagt. Das Personal der Verwaltung wird mit zusätzlichen Aufgaben belastet und eine nicht notwendige, zusätzliche Verwaltungsbürokratie wird installiert. Daher lehnen wir die Bereitstellung von 7.000 € zur Bilanzierung der Gemeinwohlökonomie ab.

Kommen wir zu den **kostenintensivsten Maßnahmen**.

Das ist zum einen der **Abwasserbereich** mit über 800.000 €. Eine Abwasserhilfe vom Land mit rd. 50.000 € hilft da nur bedingt, die hohen Gebühren zu verringern. Hier müssen die Flächengemeinden mehr Unterstützung vom Land bekommen.

Die größten Investitionen werden im Sportbereich und im **Brandschutz** durchgeführt.

Unsere Bürger müssen vorab eins wissen, **den Brandschutz zu gewährleisten ist eine Pflichtaufgabe der Stadt**.

Die Investitionen in den Brandschutz belaufen sich insgesamt auf rd. 1.9 Millionen €. Es werden Sirenenanlagen erneuert, Feuerwehrgebäude umgebaut und neue Löschfahrzeuge angeschafft. Insgesamt werden die Brandschutzmaßnahmen mit rd. 740.000 € bezuschusst. Dennoch bleibt ein Eigenanteil der Stadt von immerhin 1.16 Millionen €. Eine gewaltige, aber auch gut investierte Summe in unsere Feuerwehr. Denn nur so bleibt die Feuerwehr leistungs- und motivationsstark.

Der **Sportbereich** ist ein langdiskutiertes Thema, nicht nur in der Politik.

Im Gegensatz zum Brandschutz sind die Investitionen in den Sportbereich eine freiwillige Leistung. Dennoch sind die Leistungen der Sportvereine und das damit verbundene ehrenamtliche Engagement für unsere Dörfer unverzichtbar. Daher ist es auch wichtig und richtig, dass wir in die Sportanlagen investieren. Jedoch müssen die Kosten im Rahmen des Machbaren bleiben!

Schwerpunkte der Investitionen sind in Bredenborn und Kollerbeck.

Insgesamt sollen **1.376 Millionen € bis 2025** investiert werden. Dafür wurden Fördermittel beim Bund beantragt und bewilligt. Die Förderfähigkeit beträgt aus Bundesmitteln 45%. Weiterhin können wir aus dem Landesprogramm „Moderne Sportstätte 2022“ 300.000 € Förderung in die Maßnahmen einfließen lassen.

Die Verwaltung hat im Haushaltsentwurf die Gesamtinvestition von rd. 1,376 Millionen aufgrund der gestiegenen Baupreise vorausschauend um realistische 25 %, also auf 1,72 Millionen €, angepasst. **Die Baupreiseranpassung ist leider nicht förderfähig und der Eigenanteil für die Stadt steigt damit auf rund 1 Millionen €.**

Mit dem hohen Eigenanteil von 1 Million € geht die Stadt an die Grenze der finanziellen Belastbarkeit. Sollten die Planungskosten nochmals erhöhte Summen aufweisen, werden wir die einzelnen Maßnahmen auf Kostenreduzierung und Durchführbarkeit überprüfen müssen.

Wir müssen mit allen Beteiligten versuchen, dass Machbare umzusetzen und zu realisieren.

Daher müssen Verwaltung, Planer, Politik und Vereine an einem Strang ziehen.

Nachfolgend die geplanten Maßnahmen in Bredenborn und Kollerbeck.

Maßnahmen in Bredenborn:

Kunstrasen als Kleinspielfeld, Anbau und Renovierung Umkleidekabinen, Brunnen für Platzbewässerung

646.000 € förderfähige Kosten + 25% Baupreisanpassung = 807.500 €

Maßnahmen in Kollerbeck:

Sanierung Aschenplatz, Abriss und Neubau der Umkleidekabinen

730.000 € förderfähige Kosten + 25% Baupreisanpassung = 912.500 €

Die UWG wird dem Haushalt 2022 nebst Anlagen zustimmen.

Bedanken möchte ich mich bei Bürgermeister Josef Suermann und dem Kämmerer Kai Schöttler, Elmar Meyer und Stefan Niemann, die uns bei der Haushaltsberatung unterstützt haben. Ebenso möchte ich mich bei den Mitarbeitern der verschiedenen Abteilungen unserer Verwaltung bedanken, welche für die Beantwortung unserer Fragen immer kompetent zur Verfügung standen.

Josef Wolff

Fraktionsvorsitzender

UWG